Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/306
20. 04. 77

Sachgebiet 780

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD, FDP

zur Beratung des Agrarberichts 1977 der Bundesregierung – Drucksachen 8/80, 8/81 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt mit Befriedigung fest, daß die deutsche Landwirtschaft im langjährigen Durchschnitt an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilgenommen hat. Dazu hat das sehr gute Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1975/1976 erheblich beigetragen. Dennoch ist im Hinblick auf die veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen darauf hinzuweisen, daß die Probleme für bestimmte landwirtschaftliche Betriebe zunehmen. Es ist deshalb erforderlich, die Agrarpolitik verstärkt auf diese Gegebenheiten auszurichten.

Die Bundesregierung wird daher ersucht,

— in der Agrarstrukturpolitik, insbesondere bei der Einzelbetrieblichen Förderung, den Mittelansatz stärker als bisher an der Bedürftigkeit der Betriebe auszurichten und dabei – auch in der EWG – darauf hinzuwirken, daß den marktwirtschaftlichen Erfordernissen mehr als bisher Rechnung getragen wird;

— in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik dafür einzutreten, daß die Möglichkeiten der innerlandwirtschaftlichen Solidarität mehr als bisher ausgeschöpft werden. Unter anderem wird sie aufgefordert, nach Vorliegen der Ergebnisse des Forschungsauftrages „Belastung landwirtschaftlicher Betriebe mit Sozialabgaben" dem Haushalts- und dem Ernährungsausschuß einen Bericht über die Beitragsbelastung in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und über Möglichkeiten einer sozial gerechteren Verteilung der Bundesmittel vorzulegen.

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Der Deutsche Bundestag wird prüfen, ob der besonderen Situation der deutschen Landwirtschaft in diesem Jahr durch die Aufstockung des Zuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung um die bei den Haushaltsansätzen der landwirtschaftlichen Sozialpolitik eingesparten Haushaltsmittel Rechnung getragen werden kann.

Angesichts der Marktsituation auf wichtigen Agrarmärkten sind der Agrarpreispolitik enge Grenzen gesetzt. Deshalb muß allen Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten – insbesondere auch durch überbetriebliche Zusammenarbeit – verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Bonn, den 20. April 1977

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion